

Divest now! Mecklenburg-Vorpommern muss raus aus den fossilen Energien

Land, Kommunen und Versorgungswerke stecken Millionen in Kohle und Öl

Land, Kommunen und die Versorgungswerke der berufsständischen Vereinigungen investieren die Pensionsrücklagen für ihre Beamtinnen und Beamten bzw. die Altersvorsorge ihrer Mitglieder in Anleihen, Aktien und Fonds. Mit diesen Rücklagen werden auch mehrere der weltweit größten Öl- und Kohlefirmen finanziert. Das Geschäftsmodell dieser Unternehmen basiert darauf, fünfmal mehr Kohlenstoffdioxid freizusetzen, als für die Einhaltung der Klimaziele möglich ist.

Im Pensionsfonds des Landes sind derzeit 155 Millionen Euro in Anleihen, Aktien und Fonds investiert. Davon sind 31 Millionen Euro in Aktienfonds angelegt, die den DAX und den EURO STOXX 50 abbilden, d.h. die Fonds investieren u.a. in Unternehmen wie TOTAL, RWE, Repsol, Eni Agip, BASF, GDF SUEZ. Damit investiert auch das Land in die größten Profiteure eines weiteren ungebremsten CO₂-Ausstoßes. Es muss Schluss sein damit, dass Land, Kommunen und Versorgungswerke öffentliche Gelder in den Raubbau an Klima und Umwelt investieren.

Durch die Versorgungswerke im Land ist ein Milliardenbetrag in Anleihen, Fonds und Aktien investiert, darunter auch in Unternehmen der fossilen Energiebranche. Betroffen sind z.B. die Versorgungswerke der Architekten, Ärzte, Steuerberater und Rechtsanwälte. Wir rufen alle Mitglieder der Versorgungswerke auf, sich für nachhaltige Geldanlagen in ihren Organisationen stark zu machen. Mit positivem Beispiel geht etwa der Deutsche Ärztetag voran, der sich mit dem Thema Divestment befasst und einen Antrag zur weiteren Beratung an den Vorstand der Bundesärztekammer verwiesen hat.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung und die Kommunen daher auf:

- Ab sofort keine weiteren Investitionen in die fossile Energieindustrie vorzunehmen.
- Eine Strategie zu erarbeiten, wie ein vollständiger Rückzug aller Geldanlagen aus Unternehmen der fossilen Energieindustrie umgesetzt werden kann. Im Rahmen dieser Strategie ist sicherzustellen, dass innerhalb von fünf Jahren, alle Beteiligung in Form von Aktien, Anleihen oder Fonds an fossilen Energieunternehmen abgestoßen werden.
- Anlagerichtlinien zu erarbeiten, die ökologische, soziale und ethische Kriterien bei den Finanzanlagen des Landes, der Kommunen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfehlen den Versorgungswerken einen internen Diskussionsprozess anzustoßen, um eine Strategie für den Rückzug der Geldanlagen aus Unternehmen der fossilen Energieindustrie umzusetzen und um Anlagerichtlinien mit ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien zu erarbeiten.